

Kita-Finanzierung: Regierung will Volksinitiative den Vortritt lassen

Subvention Die Vernehmlassungsfrist betreffend Kita-Finanzierung ist abgelaufen. «Das Echo war gross», sagt Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, jetzt werden die Antworten ausgewertet.

VON DORIS QUADERER

Ob die Regierungsvorlage jedoch überhaupt einmal in der Form in den Landtag kommen wird, ist fraglich. Denn Mauro Pedrazzini will vorerst

die Gesetzesvorlage nicht weiter vorantreiben, sondern zunächst der Volksinitiative der Wirtschaftskammer den Vortritt lassen. Die Wirtschaftskammer strebt auf diesem Weg ebenfalls eine Reform der Kita-Finanzierung an. Sowohl bei der Vorlage der Regierung als auch beim Vorschlag der Wirtschaftskammer soll zur Finanzierung die Familienausgleichskasse (FAK) angezapft werden, welche fast ausschliesslich durch Arbeitgeberbeiträge gespeist wird. Im Gegensatz zum Regierungsvorschlag beinhaltet die Initiative der Wirtschaftskammer zusätzlich

eine Neuregelung des Krankentaggeldes bei Mutterschaft. Im kommenden Landtag soll die Initiative zur Unterschriftensammlung freigegeben werden. Für die Regierung ist die Initiative ein guter Gradmesser, ob ihre Vorlage überhaupt eine Chance hätte. Im Falle einer Annahme, würde diese einen Teil der Regierungsvorschläge bereits abdecken - würde sie abgelehnt, dürfte auch die Regierungsvorlage einen schweren Stand haben.

Keine grossen Sprünge

Aber auch durch die Vernehmlassung konnte der Minister ein Gefühl

dafür entwickeln, wo der Schuh noch drückt: Es sei mehrfach der Wunsch geäussert worden, auch andere Betreuungsformen stärker zu unterstützen. Ohne zusätzliche Mittel seitens des Staates werde es jedoch schwierig, den Kreis der Subventionierten auszuweiten, erklärte der Minister und dämpfte gleich die Hoffnung: «Unser Staatshaushalt erlaubt uns betreffend neuer Lösungen keine riesigen Sprünge.» Aber es werde eine Denkaufgabe, die vorgebrachten Argumente abzuwägen und zumindest Lösungen zu skizzieren, so Pedrazzini. **Interview Seite 7**

Gesellschaftsminister Pedrazzini: «Eine Mutter heute hat es schwer»

Kontroverse Die Vorschläge der Regierung zur Kita-Finanzierung scheiden die Geister. Ungewöhnlich viele haben die Vernehmlassung genutzt und eine Stellungnahme eingereicht. Nun ist die Frist abgelaufen. Gesellschaftsminister Pedrazzini zieht eine erste Bilanz.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Herr Minister, die Vernehmlassungsfrist zur Vorlage über die Neugestaltung der Subventionierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung ist abgelaufen. Gab es viele Stellungnahmen?

Mauro Pedrazzini: Ja, das Echo war gross. Soweit ich es schon überblicken kann, haben sich alle relevanten Institutionen und Organisationen geäussert, zudem auch einige Privatpersonen.

Was ist der Tenor der Stellungnahmen?

Genauso wie die öffentliche Diskussion verläuft, sind auch die Stellungnahmen sehr kontrovers. Allerdings haben sich vor allem diejenigen zu Wort gemeldet, welche grundsätzlich eine Subventionierung befürworten. Es gibt im Gegensatz zu einigen öffentlichen Äusserungen keine Stellungnahmen, welche der Regierung raten, ganz auf eine Subventionierung zu verzichten. Zahlreich sind die Forderungen nach genereller Subventionierung oder stärkerer Subventionierung von anderen Betreuungsformen.

Also Tagesmütter und Spielgruppen? Ja, diese Forderungen sind sehr prominent, aber es kommt auch immer wieder die Forderung nach finanzieller Unterstützung derjenigen Frauen, welche zugunsten der Kindererziehung keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

Sind denn diese Forderungen Ihres Erachtens erfüllbar?

Ohne zusätzliche Mittel seitens des Staates wird es schwierig mit der Ausweitung des Kreises der Subventionierten. Aber es ist eine Denkaufgabe, die vorgebrachten Argumente abzuwägen und zumindest Lösungen zu skizzieren.

Die Diskussion um die Familienpolitik verläuft seit vielen Jahren



Mauro Pedrazzini: «Eine Lösung zu finden, die allen passt, wird schwierig werden.» (Foto: M. Zanghellini)

sehr emotional. Sehen Sie einen Weg, eine sachlichere Debatte zu führen?

Die Familienpolitik ist immer mit einem bestimmten Bild der Gesellschaft verbunden. Teilweise werden Zustände der näheren Vergangenheit idealisiert und es werden die tatsächlichen Entwicklungen übersehen. Jedenfalls hat es eine Mutter heute schwer. Was sie auch macht, es ist nicht recht:

Geht sie keiner Erwerbstätigkeit nach, dann wird ihr vorgeworfen, dass der Staat viel Geld in ihre Ausbildung gesteckt habe. Ist sie erwerbstätig und gibt ihre Kinder in fremde Hände, dann wird ihr vorgehalten, dass die Kinder dadurch Schaden nehmen könnten. Am Schluss haben viele Mütter das Gefühl, dass sie irgendetwas falsch machen und dass wildfremde Personen versuchen, sich in ihr Leben einzumischen. So kann eine vernünftige Diskussion nur schwer stattfinden.

Worin liegt den Ihres Erachtens die Lösung?

Eine Lösung zu finden, die für alle passt, wird sehr schwierig werden. Zuerst aber müssen die gegenseitigen Vorwürfe aufhören, welche die

verschiedenen Familienmodelle gegeneinander ausspielen. Die Vorwürfe bringen schon deshalb nichts, weil die verschiedenen Modelle in ihrer reinsten Form immer seltener werden. Jede Familie ist anders und so ist auch die Kinderbetreuung sehr verschieden organisiert. Dann muss

«Jede Familie ist anders und so ist auch die Kinderbetreuung sehr verschieden organisiert.»

ganz rational überlegt werden, was eine realistische Erwartung an den Staat sein kann und welche Aufgabe der Staat wahrnehmen soll.

Da gehen die Meinungen weit auseinander und für diese Grundsatzfrage muss dann auf demokratischem Weg eine Entscheidung gefunden werden.

Immer wieder wird von einer gerechten Unterstützung derjenigen Mütter gesprochen, welche sich ganz der Familie widmen. Sehen Sie hier Lösungen?

Das Familienmodell, in dem sich die Frau ausschliesslich auf die Kinder und den Haushalt konzentriert, war über einige Jahrzehnte vorherrschend in unserem Land und wird auch heute noch in vielen Familien gelebt. Es ist, wie wir herausgefunden haben, jedoch rückläufig und das aus zwei Gründen: Erstens wol-

len viele junge Frauen im Beruf bleiben, meist in Teilzeit, und zweitens braucht es in vielen Familien zwei Einkommen, um den gewünschten Lebensstandard zu halten. Ziel der Politik sollte unseres Erachtens sein, den Familien das gewünschte Modell zu ermöglichen. Unser Staatshaushalt erlaubt uns betreffend neuer Lösungen keine riesigen Sprünge. Wir verarbeiten wie gesagt zur Zeit die eingegangenen Stellungnahmen zu unserer Vorlage und verfolgen auch gespannt die Diskussionen und die Landtagsdebatte im Zusammenhang mit der Initiative der Wirtschaftskammer.

Die Wirtschaftskammer zielt mit ihrer Initiative zumindest betreffend der Kita-Finanzierung in dieselbe Richtung wie der Regierungsvorschlag. Wie wird es mit der Regierungsvorlage nun weitergehen?

Wir werten derzeit die Vernehmlassung aus und machen uns hier ein Bild. Nun ist aber die Initiative der Wirtschaftskammer «an der Reihe». Sie ist der Regierungsvorlage sehr ähnlich. Wir verfolgen hier den für Volksinitiativen vorgesehenen Prozess und wir werden in dieser Angelegenheit nicht vorpreschen. Es kann nicht sein, dass sich der Landtag mit zwei Vorlagen zum selben Thema befasst.